

## A n t w o r t

des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung

auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Helge Schwab (FREIE WÄHLER)  
– Drucksache 18/197 –

### Bewilligung der Stelle einer Gemeindegeschwester<sup>plus</sup> für den Landkreis Kusel bis Ende 2021

Die Kleine Anfrage – Drucksache 18/197 – vom 10. Juni 2021 hat folgenden Wortlaut:

Das Sozialministerium hat zur Anschubfinanzierung im Februar des Jahres 2021 dem Landkreis Kusel die Stelle einer Gemeindegeschwester<sup>plus</sup> (m/w/d) bewilligt. Hierbei handelt es sich konkret um die Förderung eines aufsuchenden, präventiven und gesundheitsfördernden Beratungsangebots für hochbetagte Bürgerinnen und Bürger. Ziel dieser aufsuchenden, kompetenten Beratung ist es, dass hochbetagten Bürgerinnen und Bürgern möglichst lange ein selbstbestimmtes Leben zu Hause ermöglicht werden kann. Gerade der strukturschwache und ländlich geprägte Landkreis Kusel hat einen überdurchschnittlich hohen Anteil an 80-Jährigen in der Bevölkerung (siehe Drucksache 17/10620).

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wann wurde die Stelle der Gemeindegeschwester<sup>plus</sup> im Landkreis Kusel nach Bewilligung ausgeschrieben und besetzt?
2. Wird die Landesregierung die Stellen der Gemeindegeschwester<sup>plus</sup> über das Jahr 2021 hinaus weiterhin finanzieren, und in welchem Umfang?
3. Gibt es vonseiten der Landesregierung für neue Mitarbeiter eine Einführung, Schulung, Begleitung der Gemeindegeschwester<sup>plus</sup>, um den Bürgerinnen und Bürgern eine gleichwertig kompetente Beratung landesweit ermöglichen zu können?
4. Gibt es zur Qualitätssicherung Fortbildungen und weitere periodische Evaluationen?

Das Ministerium für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 22. Juni 2021 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Der seitens der Kreisverwaltung Kusel vorgelegte Ausschreibungstext wurde durch das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie am 2. März 2021 frei gegeben. Die Stellenausschreibung wurde am 3. März 2021 auf der Homepage und der Facebook-Seite des Landkreises Kusel, am 6. März 2021 in der Zeitung „DIE RHEINPFALZ“ und in der 9. Kalenderwoche (1. bis 7. März 2021) im Wochenblatt des Kreises Kusel veröffentlicht.

Die Besetzung der Stelle der Fachkraft Gemeindegeschwester<sup>plus</sup> im Landkreis Kusel erfolgt zum 1. August 2021.

Zu Frage 2:

Die Landesregierung möchte das Projekt Gemeindegeschwester<sup>plus</sup> in der Legislaturperiode 2021 bis 2026 ausbauen und flächendeckend im Land einführen. Die Haushaltsberatungen werden mit diesem Ziel geführt.

Zu Frage 3:

Die Fachkräfte Gemeindegeschwester<sup>plus</sup> werden seitens des Ministeriums seit dem Jahr 2015 eng und durchgehend begleitet. Für alle Fachkräfte Gemeindegeschwester<sup>plus</sup> gibt es regelmäßige Schulungen, die aus Mitteln des Landes finanziert werden.

Zu Frage 4:

Das Modellprojekt (2015 bis 2018) wurde durch die Universität zu Köln, Institut für Soziologie und Sozialpsychologie, Lehrstuhl für Sozialpolitik und Methoden der qualitativen Sozialforschung, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, wissenschaftlich begleitet und evaluiert.

Das Ministerium hat Anfang des Jahres 2021 eine Selbstevaluation zu den Schulungsmaßnahmen im Jahr 2020 durchgeführt.

Eine Evaluation der Fortsetzungsphase des Projekts (2019 bis 2021) ist geplant. Dafür wurde eine Interessensbekundung bei der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung eingereicht. Vertreterinnen und Vertreter der gesetzlichen Krankenkassen auf Bundesebene treffen eine Projektauswahl, die finale Abnahme erfolgt durch die Fachkonferenz Prävention beim GKV-Spitzenverband, der Interessenvertretung der gesetzlichen Kranken- und Pflegekassen. Die Evaluation erfolgt nach erfolgreicher Auswahl des Projekts über externe Evaluationsinstitute beziehungsweise Forschungseinrichtungen, die von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung beauftragt werden.

Dieser Prozess ist noch nicht abgeschlossen.

Alexander Schweitzer  
Staatsminister